

Ökonomie und Gesellschaft Jahrbuch

Eine Übersicht über bislang erschienene Bände finden Sie am Ende des Buches

**Jahrbuch
Ökonomie und
Gesellschaft**

HerausgeberInnen
Dr. Peter Bartelheimer
Prof. Dr. Lutz Bellmann
Prof. Dr. Gerd Grözinger
Prof. Dr. Arne Heise
Prof. Dr. Jakob Kapeller
Prof. Dr. Wenzel Matiaske
Prof. Dr. Oliver Nachtwey
Prof. Dr. Werner Nienhüser
Dr. Silke Ötsch
Prof. Dr. Katja Rost

Redaktionelle Zuschriften und Manuskripte bitte an:
Prof. Dr. Gerd Grözinger, Europa-Universität Flensburg,
Sozial- und Bildungsökonomik, Auf dem Campus 1, 24941 Flensburg
groezing@uni-flensburg.de

ÖKONOMIE UND GESELLSCHAFT

Jahrbuch 37

Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit

Herausgegeben von
Arne Heise und Gerd Grözinger

Metropolis-Verlag
Marburg 2025

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<https://portal.dnb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<https://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2025

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1622-1

Inhalt

Arne Heise und Gerd Grözinger

Editorial: Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit 7

Gesellschaftliche Dimensionen

Davide Brocchi

Ungleich in den Kollaps? Warum Nachhaltigkeit eine Frage des
Zusammenlebens ist – Ein aphoristischer Aufsatz 21

Fritz Reusswig und Wiebke Lass

Nachhaltigkeit als sozial ungerechtes Elitenprojekt?
Rechtspopulistische Nachhaltigkeitsnarrative zwischen
Abwehr und Umdeutung 73

Katja Dill und Aysel Yollu-Tok

Sozio-ökologische Gerechtigkeit: Ein kursorischer Blick auf
das Schnittfeld von Gender und Nachhaltigkeit am Beispiel von
Mobilität und Technologie 117

Katharina Karrenbauer

Die Anerkennung von unsichtbaren und non-performativen
nachhaltigen Alltagspraktiken in prekären Lebenslagen 139

Makroökonomische Dimensionen

Michael Heine und Hansjörg Herr

Makromanagement einer ökologisch nachhaltigen Ökonomie –
ein Vorschlag zur Diskussion 181

<i>Tilman Hartley, Jeroen van den Bergh und Giorgos Kallis</i> Politiken für Gleichheit bei geringem oder Null-Wachstum: Ein von Piketty inspiriertes Modell	229
--	-----

<i>Dirk Ehnts</i> Modern Money Theory und Postwachstumstheorie als theoretische Grundlagen einer sozial-ökologischen Transformation	255
--	-----

<i>Viviane Antonia Maria Kulmer</i> Einkommensungleichheit im Kontext von Degrowth. Gegenüberstellung von Umverteilungsinstrumenten und Anwendung auf nationaler Ebene	273
---	-----

Betriebliche Dimensionen

<i>Ute Schmiel und Seher Cetin</i> Gesetzliche Pflichten von Unternehmen zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten als Instrumente zur nachhaltigen Gesellschaftstransformation?	327
--	-----

<i>Ina Krause und Karina Kiepe</i> Transformation der deutschen Wirtschaft im Kontext nachhaltiger Entwicklung – Zur Rolle von Berufsbildung und ihrer Akteure	361
--	-----

<i>Sunna Kovanen</i> Sozialunternehmertum in ländlichen Räumen: Erlernen und Enttäuschen von Postwachstumstransformation	411
--	-----

Die Autor:innen	455
-----------------------	-----

Editorial: Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit

Arne Heise und Gerd Grözinger

1. Einleitung

Die Diskussion um Nachhaltigkeit hat sich in den letzten Jahren entscheidend erweitert. Längst geht es nicht mehr nur um Umweltschutz oder Ressourcenschonung, sondern zunehmend auch um soziale Gerechtigkeit – insbesondere vor dem Hintergrund wachsender Ungleichheiten und globaler ökologischer Krisen. Eine besonders radikale Perspektive auf diese Herausforderungen bietet das Konzept der Postwachstumsökonomie, das eine Abkehr vom Paradigma des kontinuierlichen Wirtschaftswachstums fordert. Dieses Jahrbuch beleuchtet die Anforderungen an soziale Gerechtigkeit in einer Postwachstumsgesellschaft aus gesellschaftlicher, makroökonomischer und betrieblicher Sicht und zeigt, dass soziale Gerechtigkeit sowohl Ziel als auch Voraussetzung einer nachhaltigen Transformation ist.

Postwachstum als Systemkritik

Das Konzept der Postwachstumsökonomie, vertreten z.B. durch Niko Paech (2012), Kallis et al. (2025), kritisiert die fundamentale Abhängigkeit moderner Gesellschaften vom Wirtschaftswachstum. Wachstum ermögliche zwar sozialen Ausgleich, verberge aber gleichzeitig massive Externalisierungen – etwa in Form von Umweltzerstörung, globaler Ausbeutung und struktureller Ungleichheit. Tim Jackson (2017) argumentiert ähnlich und zeigt, dass dauerhaftes Wachstum unter den Bedingungen endlicher Ressourcen eine Illusion bleiben muss.

Stattdessen fordern Postwachstumsansätze eine neue ökonomische Rationalität, die auf Suffizienz (Genügsamkeit), Resilienz und ökolo-

gisch verträglichen Lebensstilen basiert. Damit stellt sich aber unmittelbar die Frage: Wie kann soziale Gerechtigkeit gewahrt oder sogar gestärkt werden, wenn die bisherigen Verteilungsmechanismen – etwa steigende Einkommen und soziale Aufstiegsmöglichkeiten durch Wachstum – wegfallen?

Gesellschaftliche Dimensionen: Teilhabe ohne Wachstum?

Gesellschaften des globalen Nordens sind in ihren sozialen Strukturen tief vom Wachstumsparadigma geprägt: Einkommen, Konsum und Status hängen oft unmittelbar vom Wirtschaftswachstum ab. Eine Postwachstumsgesellschaft muss daher neue Wege finden, soziale Teilhabe und Gerechtigkeit ohne quantitatives Wachstum zu sichern.

Irmis Seidl und Angelika Zahrnt (2010) betonen in ihrer Arbeit zur *Postwachstumsgesellschaft*, dass die soziale Frage neu gestellt werden müsse: Wer hat Zugang zu Ressourcen, öffentlichen Gütern und gesellschaftlicher Teilhabe, wenn nicht mehr „mehr für alle“ produziert werden kann?

Konzepte wie ein neuer Sozialstaat jenseits des Erwerbseinkommens, gestützt auf *universalistische Leistungen* (z.B. kostenlose Gesundheitsversorgung, Bildung, öffentlicher Nahverkehr), gewinnen in diesem Kontext an Bedeutung. Ebenso wichtig ist eine Kultur der Suffizienz, die nicht auf Verzicht im negativen Sinne, sondern auf ein anderes Verständnis von Lebensqualität zielt – basierend auf Beziehungen, Zeitwohlstand und ökologischer Verbundenheit.

Makroökonomische Dimensionen: Verteilung und Sicherheit ohne Expansion

Makroökonomisch stellt der Verzicht auf Wachstum große Herausforderungen. Viele soziale Sicherungssysteme sind heute wachstumsabhängig: Steigende Löhne, Beschäftigung und Produktivität finanzieren Renten, Pflege, Bildung und Transferleistungen.

Eine Postwachstumsökonomie muss daher alternative Finanzierungsmodelle entwickeln, etwa:

- progressive Vermögens- und Ressourcensteuern, um Umverteilung unabhängig vom BIP zu ermöglichen,

- CO₂-Dividenden als sozial gerechte Rückverteilung ökologischer Abgaben,
- Arbeitszeitverkürzung, um Beschäftigung gerechter zu verteilen und Erwerbsarbeit von Vollzeitnormen zu entkoppeln.

Auch postkeynesianische Ansätze bieten hier Anknüpfungspunkte: Sie betonen, dass Staaten auch ohne Wachstum eine aktive Fiskalpolitik verfolgen können, etwa durch Investitionen in ökologische Infrastruktur oder soziale Dienstleistungen – solange diese nicht inflationstreibend, sondern bedarfsorientiert sind.

Besondere Bedeutung kommt dabei der demokratischen Aushandlung von Verteilungsfragen zu. Eine sozial gerechte Postwachstumspolitik muss Machtfragen offenlegen: Wer verliert Macht und Privilegien, wenn Ressourcen endlich sind? Und wie können diejenigen, die bislang benachteiligt wurden, politisch gestärkt werden?

Betriebliche Dimensionen: Transformation im Alltag wirtschaftlichen Handelns

Auch Unternehmen sind im bisherigen System auf Wachstum ausgerichtet – etwa durch Wettbewerb, Skaleneffekte oder Renditeanforderungen. Eine nachhaltige und sozial gerechte Transformation erfordert daher neue betriebswirtschaftliche Paradigmen.

Die Gemeinwohl-Ökonomie, entwickelt von Christian Felber, ist ein Beispiel für eine alternative Unternehmenslogik: Hier wird unternehmerischer Erfolg nicht nach Gewinn, sondern nach Gemeinwohlbeitrag gemessen – etwa anhand ökologischer Nachhaltigkeit, fairer Löhne, innerbetrieblicher Demokratie und gesellschaftlichem Engagement.

Weitere betriebliche Perspektiven sind:

- Kreislaufwirtschaft (statt linearer Produktionsmodelle),
- regionale Wertschöpfung (zur Stärkung lokaler Resilienz und Beschäftigung),
- Sozialunternehmen und Genossenschaften, die demokratisch organisiert sind und auf Bedürfnisbefriedigung statt Kapitalakkumulation zielen.

Unternehmen können damit auch soziale Innovationstreiber werden – etwa durch die Förderung solidarischer Lieferketten, transparenten Ressourceneinsatz oder inklusive Arbeitsmodelle.

Fazit: Gerechtigkeit als Schlüssel zur ökologischen Transformation

Der Übergang zu einer nachhaltigen, postwachstumsorientierten Gesellschaft kann nur gelingen, wenn soziale Gerechtigkeit zentral mitgedacht wird. Ohne faire Verteilung der Kosten und Chancen drohen Widerstände, soziale Spaltungen und politische Instabilität.

Doch Postwachstum ist nicht zwangsläufig Verzicht oder Abstieg – es kann auch ein Pfad zu einer gerechteren, kooperativeren und ökologisch tragfähigen Gesellschaft sein. Dazu braucht es neue Institutionen, neue wirtschaftliche Logiken und ein neues kulturelles Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität. Die Integration gesellschaftlicher, makroökonomischer und betrieblicher Perspektiven ist entscheidend, um diesen Wandel nicht nur nachhaltig, sondern auch sozial gerecht zu gestalten.

2. Die Beiträge des Sammelbandes

Wer am System festhält, sucht die Ursachen der Krise in der Umwelt. So errichtet unsere Gesellschaft gegenwärtig Grenzmauern gegen Migration und Dämme gegen drohende Flutkatastrophen. Doch in der menschlichen Geschichte waren Konflikte mit der Umwelt oft ein Spiegelbild der inneren Systemverhältnisse. Auch die soziale Ungleichheit gehört zu den zentralen Ursachen für den Zerfall von Zivilisationen. Der Aufsatz von *Davide Brocchi* zeigt auf, warum das auch für unsere Zivilisation gelten könnte, denn unser Wirtschaftswachstum fußt auf dem Elend anderer, künftige Generationen und Natur inbegriffen. Je ausgeprägter die soziale Ungleichheit ist, desto krisenanfälliger werden in der Regel soziale Systeme. Umgekehrt ist soziale Kohäsion ein entscheidender Faktor für die Krisenresilienz. In Ländern mit einer starken Vertrauenskultur sind Ungleichheiten geringer, das Gemeinwesen robuster und Menschen glücklicher. Nachhaltigkeit steht für ein gutes Leben, das nicht auf Kosten anderer geht.

Der Beitrag von *Fritz Reusswig und Wiebke Lass* befasst sich damit, wie sich rechtspopulistische und zunehmend libertäre Strömungen in westlichen Demokratien entwickeln und welche Gefahren dies für Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie Energiepolitik birgt. Parteien wie die AfD, das Rassemblement National in Frankreich oder die US-Republikaner unter Donald Trump nutzen libertäre Rhetorik, um sich zu verharmlosen, ihre Anschlussfähigkeit zu erhöhen und ökologische Politik zu schwächen. Diese Entwicklungen stehen im Zusammenhang mit einer

grundlegenden „Plattentektonik“ des westlichen Parteiensystems, in dem auch traditionelle konservative und liberale Parteien zunehmend populistische Narrative übernehmen und damit antiökologische Projekte begünstigen. Parallel dazu nimmt weltweit die Zahl autokratischer Regime zu, was systemisch die Vertretung von Umwelt- und Zukunftsinteressen erschwert, da zivilgesellschaftliche Akteure dort unterdrückt werden. Der Beitrag betont, dass nachhaltige Entwicklung nur in demokratischen Systemen gelingen kann, weil hier gesellschaftliche Mehrheiten und neue Ideen politischen Einfluss gewinnen können. Neben der liberalen Demokratie werden partizipative, deliberative, egalitäre und republikanische Ansätze als mögliche Rahmen für eine nachhaltige Transformation diskutiert. Um Akzeptanz zu sichern, müssen dabei soziale Ungleichheiten und unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen, insbesondere im Energiebereich, stärker berücksichtigt werden. Insgesamt plädiert der Text für eine Weiterentwicklung demokratischer Strukturen hin zu mehr Teilhabe, Gerechtigkeit und Selbstbegrenzung, um Nachhaltigkeit langfristig zu sichern.

Der Beitrag von *Katja Dill und Ayse Yollu-Tok* beleuchtet die Schnittstellen zwischen Geschlechtergerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit am Beispiel von Mobilität und Smart-Home-Technologien. Aus einer intersektionalen Perspektive zeigt er, wie soziale Ungleichheiten bestehende Transformationsprozesse beeinflussen und betont die Notwendigkeit gendergerechter Lösungen. Dabei wird deutlich, dass technologische und nachhaltige Innovationen nur dann ihr Potenzial entfalten können, wenn sie strukturelle Machtverhältnisse berücksichtigen und aktiv Teilhabe fördern. Der Beitrag plädiert für feministisch-ökonomische Ansätze und Suffizienzstrategien als Leitlinien für eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft.

Der Nachhaltigkeitsdiskurs im globalen Norden wird überwiegend von privilegierten, weißen und akademisch geprägten Stimmen dominiert. Diese einseitige Perspektive führt zu Kritik und kann zur Delegitimierung klimapolitischer Maßnahmen beitragen. Auch Umweltbewegungen stehen vor der Herausforderung, Menschen in prekären Lebenslagen einzubeziehen – ein Thema, das in der Forschung bisher kaum berücksichtigt wurde. Der Beitrag von *Katharina Karrenbauer* schließt diese Lücke, indem er 26 qualitative Interviews mit sozioökonomisch benachteiligten Personen auswertet. Ziel ist es, deren Perspektiven auf Umwelt und Nachhaltigkeit sichtbar zu machen und gängige Annahmen zu hinterfragen – etwa die Vorstellung, Menschen in Armut hätten kein Interesse oder keine Ressourcen für ökologisches Handeln. Die Ergeb-

nisse zeigen: Auch unter prekären Bedingungen existieren Umweltbewusstsein und Sorge um den Klimawandel. Umweltfreundliches Verhalten wird oft praktiziert, auch wenn es primär aus finanziellen Gründen geschieht. Gleichzeitig fühlen sich viele aufgrund struktureller und ökonomischer Hürden in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Der Beitrag fordert daher eine differenzierte Betrachtung des Zusammenhangs von Nachhaltigkeit und sozialer Prekarität.

Der Beitrag von *Hansjörg Herr* und *Michael Heine* reagiert auf die zunehmende ökologische Krise, insbesondere den Klimawandel, und kritisiert die bisherigen Lösungsansätze, die vorwiegend auf marktwirtschaftliche Mechanismen wie den Emissionshandel oder ökologisch optimiertes Wachstum („Green Growth“) setzen. Diese Ansätze seien unzureichend, weil sie ökologisch zu langsam und politisch schwer durchsetzbar seien. Stattdessen plädieren die Autoren für eine strategische Begrenzung des Wirtschaftswachstums – vor allem im globalen Norden – und skizzieren die dafür nötigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Wachstum ist nicht per se schädlich, muss aber in ökologische Schranken gelenkt werden. Unter Umständen kann sogar Nullwachstum nötig sein, etwa wenn technologische und strukturelle Veränderungen nicht ausreichen, um Emissionen zu senken. Die Autoren schlagen ein Modell eines makroökonomischen Kreditplans vor, bei dem ein gesellschaftliches Gremium ein Kreditvolumen vorgibt, das dann über verschiedene Banken(gruppen) an bestimmte Unternehmenssegmente verteilt wird – orientiert an ökologischen und sozialen Kriterien. Die Umsetzung liegt bei Banken, die nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben vergeben, jedoch im Rahmen eines festen Volumens.

Das BIP-Wachstum geht in den Industrieländern zurück, und es mehrten sich die Hinweise darauf, dass Wachstum ökologisch nicht nachhaltig sein könnte. Wenn das Wachstum unter die Renditen auf Vermögen fällt, nehmen die Ungleichheiten zu – wie Thomas Piketty kürzlich gezeigt hat. Dies stellt eine Herausforderung für das Management einer künftig langsam oder gar negativ wachsenden Wirtschaft dar. In dem Beitrag von *Tilman Hartley*, *Jeroen van den Bergh* und *Giorgos Kallis* werden politische Maßnahmen untersucht, die vorgeschlagen wurden, um das Problem zunehmender Einkommensungleichheit in langsam oder nicht wachsenden Volkswirtschaften zu lösen – darunter Umverteilung, Besteuerung und Reformen des Arbeitsmarkts. Es wird ein einfaches Modell entwickelt, das auf Pikettys jüngsten Arbeiten aufbaut, um die Parameterbereiche zu bewerten, innerhalb derer diese verschiedenen Politiken wirksam sein können. Die Analyse führt zu zwei zentralen Ergeb-

nissen: Erstens muss – außer im Fall vollständiger Vermögensgleichheit – jede Strategie zur Vermeidung zunehmender Einkommensungleichheit die Renditen auf Vermögen unter die Wachstumsrate senken. Zweitens können mehrere Strategien während Phasen niedrigen Wachstums einen Anstieg der Einkommensungleichheit verhindern und ihn in stagnierenden Volkswirtschaften zumindest verlangsamen – jedoch nicht vollständig aufhalten.

Der Beitrag von *Dirk Ehnts* beschreibt, dass sich in der Postwachstumsliteratur zunehmend die Einsicht durchgesetzt hat, dass Geld nicht das zentrale Hindernis für eine sozial-ökologische Transformation ist. Entscheidend ist vielmehr die Produktionskapazität einer Volkswirtschaft, nicht die Geldmenge. In diesem Zusammenhang wird auf eine theoretische Nähe zwischen der Modern Monetary Theory (MMT) und der Postwachstumsperspektive hingewiesen: Beide teilen politische Schnittmengen, lehnen die wirtschaftliche Vorherrschaft des Mainstreams ab und könnten sich strategisch ergänzen. Unter den Befürwortern der MMT ist ein starkes Umweltbewusstsein verbreitet, was dazu beigetragen hat, dass 2019 mehrere Konzepte eines Green New Deal vorgestellt wurden. Diese zielen nicht auf die Sicherung von Wirtschaftswachstum, sondern auf eine grundlegende Transformation der Wirtschaft. Wachstum wird ohnehin nicht als geeigneter Maßstab für Wohlstand angesehen. Ob „grünes Wachstum“ möglich ist, hängt nicht vom Geldsystem ab, sondern von naturwissenschaftlich zu klärenden Fragen zu nachhaltigen Ressourcenverbräuchen in verschiedenen Sektoren.

Seit der Industrialisierung sind CO₂-Emissionen stark angestiegen und tragen wesentlich zum Klimawandel bei. Ob Wirtschaftswachstum dauerhaft vom CO₂-Ausstoß entkoppelt werden kann, ist derzeit unklar. Daher rücken Degrowth-Konzepte in den Fokus, die auf eine Wirtschaft ohne Wachstumszwang setzen. In einer wachstumsunabhängigen Gesellschaft muss Einkommensungleichheit neu gedacht werden. Ziel des Beitrags von *Viviane Antonia Maria Kulmer* ist es, zu untersuchen, welche Instrumente (z. B. Einkommensober- und -untergrenzen, progressive Besteuerung) die genannten Degrowth-Konzepte zur Reduktion personeller Einkommensungleichheit vorschlagen, ob diese miteinander vereinbar sind und wie sie sich auf Deutschland anwenden lassen. Der Beitrag gliedert sich in eine Einführung in Wachstum und Degrowth, die Darstellung der Konzepte, eine Analyse von Einkommensungleichheit sowie eine systematische Gegenüberstellung der Umverteilungsinstrumente. Abschließend folgt ein Ausblick auf deren potenzielle Umsetzung in Deutschland.

In den letzten zehn Jahren haben umfassende EU-Vorgaben Unternehmen verpflichtet, Nachhaltigkeit ernsthaft zu berücksichtigen. Während viele Regelungen vor allem auf eine Berichtspflicht zur Nachhaltigkeit abzielen, geht die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) einen Schritt weiter und verpflichtet Unternehmen auch zum nachhaltigen Handeln. Der Beitrag von *Ute Schmiel und Seher Cetin* untersucht, ob solche rechtlichen Vorgaben tatsächlich wirksame Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Transformation sind. Zunächst analysieren die Autorinnen die zugrunde liegenden Wirkmechanismen dieser gesetzlichen Pflichten – basierend auf einem politisch-kulturellen Verständnis von Märkten und Marktakteuren. Dabei zeigt sich: In der aktuellen Marktkultur fördern Berichtspflichten nachhaltiges Handeln nur dann, wenn es nicht im Widerspruch zu finanziellen Interessen steht. Die CSDDD hingegen wird als wirksames Instrument zur Förderung von Nachhaltigkeit eingeschätzt. Zweitens analysiert der Beitrag die Nachhaltigkeitsziele hinter den EU-Vorgaben. Diese folgen meist der Idee des „grünen Wachstums“, also dem Konzept, dass wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung vereinbar seien. Demgegenüber stellen Degrowth- und Postwachstumsansätze diese Annahme infrage – sie sehen das Wachstumsparadigma selbst als Ursache ökologischer Krisen. Während Degrowth Wirtschaftswachstum ablehnt, ist der Postwachstumsansatz wachstumsagnostisch und fordert Maßnahmen für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit – unabhängig vom Wachstum. Obwohl die EU-Regelungen den Ideen von Degrowth und Postwachstum nicht direkt widersprechen, müssen sie angepasst werden, um eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation hin zu echter Nachhaltigkeit zu ermöglichen.

Der Beitrag von *Ina Krause und Karina Kiepe* beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle berufliche Aus- und Weiterbildung in der Transformation der deutschen Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung spielt. Dabei wird insbesondere die Rolle von Wirtschaftsunternehmen einerseits als Verursacher von sozioökologischen Problemlagen und andererseits als Gestalter einer nachhaltigen Wirtschaftspraxis diskutiert. Im Fokus stehen dabei auch die Möglichkeiten, nachhaltige Wirtschaftspraktiken über die Handlungsfelder der beruflichen Aus- und Weiterbildung innerhalb der kooperativen Akteursbeziehungen des beruflichen Bildungssystems zu fördern. Sowohl die Perspektive des Stakeholder-Ansatzes als auch die daran angelehnte Einbindung der „Strategic Action Field“-Theorie erweisen sich als wertvoll, um einerseits die Strukturen, Regularien und Akteure im Handlungsfeld der nachhaltigen

Wirtschaftsentwicklung sowie andererseits im Handlungsfeld der Berufsbildung für nachhaltige Entwicklung (BBNE) herauszuarbeiten. Auf dieser Grundlage können mögliche Impulse und Ansatzpunkte zur Gestaltung von Veränderungsprozessen in der Transformation der Wirtschaft in Richtung nachhaltiger Entwicklung diskutiert werden.

Postwachstumsökonomie beschreibt eine Zukunftsvision, in der umweltzerstörendes Wirtschaftswachstum gezielt begrenzt wird, um stattdessen die Beschäftigung in ökologisch und sozial nachhaltigen Bereichen wie in der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Nahversorgung, zu fördern. Sozialunternehmen wurden als wichtige Triebkraft dieses Prozesses und als Beispiel für dezentrale Transformation identifiziert. Dabei handelt es sich um Unternehmen, die danach streben, soziale und ökologische Probleme mit ihrem Geschäftsmodell zu lösen und die potenziell konkurrierenden Bedarfe verschiedener Stakeholder im Einklang miteinander zu erfüllen. Der Beitrag von *Sunna Kovanen* untersucht, wie Beteiligung an Entscheidungen und Verantwortungsübernahme über den gesellschaftlichen Wandel in Sozialunternehmen erlernt wird und welche Konflikte in diesem Lernprozess auftreten. Der Fokus liegt auf Sozialunternehmen in ländlichen Räumen, die entweder aktuell oder historisch wirtschaftliche und demographische Schrumpfung erfahren haben. Ziel ist es, zu erläutern, inwiefern es den Sozialunternehmen gelingt, Menschen in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund historischer, oft negativer Transformationserfahrungen von ihrem transformativen Ansatz zu überzeugen. Der Beitrag basiert auf einer international vergleichenden qualitativen Fallstudie von sechs Sozialunternehmen in Nordostbrandenburg und Südostportugal.

Alle vorgestellten Beiträge eint die Grundannahme, dass ökologische Krisen, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Strukturen eng miteinander verflochten sind und nicht isoliert betrachtet oder gar gelöst werden können. Sie betonen, dass Nachhaltigkeit nicht allein eine technische oder ökologische, sondern vor allem eine soziale, politische und ökonomische Transformationsaufgabe ist. Dabei wird deutlich, dass sowohl die bestehenden Macht- und Verhältnissverhältnisse als auch die dominierenden wirtschaftlichen Paradigmen – insbesondere das Wachstumsparadigma der neoklassischen Ökonomie – grundlegend hinterfragt werden müssen.

Mehrere Beiträge machen deutlich, dass Ungleichheit nicht nur eine Folge, sondern auch eine Ursache ökologischer und gesellschaftlicher Krisen ist. Ob es um globale Machtverschiebungen, gendergerechte Transformationsprozesse, die Perspektiven sozioökonomisch Benachteiligter

oder die Gestaltung von Arbeit und Bildung geht – immer steht im Vordergrund, dass ohne soziale Gerechtigkeit auch ökologische Nachhaltigkeit scheitern wird. Demokratie wird dabei vielfach als unverzichtbarer Rahmen für nachhaltige Transformation hervorgehoben, jedoch mit dem Hinweis, dass ihre Ausgestaltung weiterentwickelt werden muss, um Teilhabe, Gerechtigkeit und Selbstbegrenzung zu ermöglichen.

Zudem ziehen sich zwei zentrale strukturelle Spannungsfelder durch die Beiträge: Erstens der Konflikt zwischen Wachstumsorientierung und Nachhaltigkeit, bei dem Degrowth- und Postwachstumsansätze die Grenzen „grünen Wachstums“ betonen und alternative Wirtschaftsmodelle fordern. Zweitens die Frage, welche wirtschaftspolitischen und institutionellen Instrumente – von makroökonomischen Kreditplänen über Steuerreformen bis hin zu EU-Regulierungen – geeignet sind, den notwendigen Umbau tatsächlich voranzutreiben.

Aus den Beiträgen lassen sich mehrere Schlussfolgerungen ziehen: Erstens muss Nachhaltigkeit konsequent als integratives Projekt verstanden werden, das ökologische, soziale und ökonomische Dimensionen gleichwertig berücksichtigt. Zweitens braucht es einen Perspektivwechsel weg von der Wachstumsfixierung hin zu Modellen, die Ressourcenverbrauch und Ungleichheit aktiv begrenzen. Drittens sind neue Formen politischer und wirtschaftlicher Steuerung erforderlich, die demokratisch legitimiert, sozial gerecht und ökologisch wirksam sind. Viertens ist Teilhabe – sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht – ein Schlüssel, um Akzeptanz und Resilienz in Transformationsprozessen zu sichern. Schließlich wird deutlich, dass Lösungen nur im Zusammenspiel von wissenschaftlicher Analyse, politischer Rahmensetzung, gesellschaftlichem Diskurs und praktischer Umsetzung vor Ort entstehen können.

Es war den Autoren und Autorinnen vollkommen freigestellt, das generische Maskulinum oder eine andere gender-neutrale Form zu verwenden. In jedem Fall sind immer alle Geschlechterformen gleichermaßen gemeint.

Literatur

- Jackson, T. (2017): Wohlstand ohne Wachstum: Grundlagen für eine nachhaltige Ökonomie. München: oekom.
- Kallis, G.; Hickel, J.; O'Neill, D. W.; Jackson, T.; Victor, P. A.; Raworth, K.; Schor, J. B.; Steinberger, J. K.; Ürge-Vorsatz, D. (2025): Post-growth: the science of wellbeing within planetary boundaries, in: *The Lancet Planetary Health*, 9(1), e62-e78.
- Paech, N. (2012): Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.
- Seidl, I.; Zahrnt, A. (Hg.) (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. München: oekom.